



NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 17. November 2021

Badische Presse

76. Jahrgang • Nr. 266 • Ausgabe Karlsruhe

Debatte um Impfpflicht

Berlin (dpa). SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz befürwortet eine Debatte über eine Corona-Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wie Beschäftigte in Pflegeheimen. „Ich finde es richtig, dass wir jetzt eine Diskussion darüber begonnen haben, ob man das machen soll“, sagte der geschäftsführende Vizekanzler am Montagabend beim Wirtschaftsgipfel der „Süddeutschen Zeitung“. Scholz sagte zugleich, eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen sei nur in einem Konsens möglich, „dass viele mitmachen wollen“. „Wenn der erreicht ist, fände ich das gut“, sagte er. Eine solche Entscheidung könne auch kurzfristig anstehen.

Auch die Grünen hatten angekündigt, die möglichen künftigen Regierungspartner wollten über eine Impfpflicht etwa für Beschäftigte in Pflegeheimen sprechen. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Theurer sagte am Dienstag im ZDF-„Morgenmagazin“, er persönlich könne sich eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen „durchaus vorstellen“. Das Thema ist aber nicht Bestandteil der Reform des Infektionsschutzgesetzes, die diese Woche beschlossen werden soll. Am Donnerstag soll der Bundestag über die Gesetzesänderung abstimmen. ■ Seite 4



Zugang nur für Geimpfte und Genesene: Die sogenannte 2G-Regel hat für Ungeimpfte Einschränkungen zur Folge, sie können zum Beispiel nicht mehr ins Restaurant oder ins Kino. Foto: Robert Michael/dpa

Angst vor Klimakosten

Karlsruhe/Stuttgart (smk). Dass ein effektiver Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist, treibt viele Menschen im Land um. 53 Prozent der Baden-Württemberger fürchten, dass durch Maßnahmen für den Klimaschutz in den kommenden Jahren eine „große finanzielle Belastung“ entstehen wird. Zu diesem Ergebnis kommt der Baden-Württemberg-Check, die repräsentative gemeinsame Umfrage der Tageszeitungen in Südwesten. 45 Verlage, die eine Gesamtauflage von 1,6 Millionen Exemplaren erreichen, kooperieren dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach. Die Befragung stützt sich auf 1.020 Online-Interviews mit Menschen ab 18 Jahren.



Viele wünschen sich ein besseres Klima, aber kaum einer ist wirklich bereit, dafür auch zu bezahlen. Auch das ist ein Ergebnis der Umfrage. Nur 26 Prozent der Menschen im Land zeigten sich bereit, für den Klimaschutz auch höhere Preise zu bezahlen. Besonders groß ist die Sorge vor zusätzlichen finanziellen Belastungen infolge des Klimaschutzes bei denen, die schon jetzt besonders stark unter der aktuellen Preisentwicklung leiden. Von ihnen befürchten sogar 68 Prozent, dass die zu erwartenden Regeln sie und ihre Familie spürbar belasten werden.

Gleichzeitig haben die Menschen aber eine sehr klare Vorstellung von den Themen, um die sich die neue Regierung vor allen anderen kümmern sollte. An erster Stelle wurde hier die Sicherung der Sozialen Systeme benannt. Dazu gehört die Rente, das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum und die Stabilität der Gesundheitssysteme. Das Vorantreiben von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen steht auf Platz vier der Bürger-Prioritäten. ■ Südwestecho

HEUTE AKTUELL

Streit ums Sturmgewehr

Heckler & Koch gegen Haanel vor Gericht – wieder einmal. In der hart geführten juristischen Auseinandersetzung ziehen beide Seiten alle Register. Wirtschaft

Polizistinnen verurteilt

Zwei Polizistinnen sind zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden, weil sie zwei Kollegen im Kugelhaag ihrem Schicksal überließen und flohen. Blick in die Welt

Verwirrendes Angebot

Menschen ab 65 Jahren können ihren Führerschein freiwillig abgeben und dafür kostenlos Bahnfahren. Das Angebot des Verkehrsministeriums ist aber verwirrend. Südwestecho

Postel vor Premiere

Auftritte hatte die Karlsruher Sängerin Annette Postel seit Ausbruch der Corona-Krise kaum. Doch nun steht am Sonntag wieder eine Premiere an. Kultur

Zverev bangt um Halbfinale

Alexander Zverev hat bei den ATP-Finals der acht besten Tennisspieler des Jahres gegen den russischen Titelverteidiger Daniil Medwedew 3:6, 7:6 (7:3), 6:7 (6:8) verloren. Sport

IM LOKALTEIL

Wenige Weihnachtsfeiern

In Karlsruhe werden seit Tagen zahlreiche Firmenweihnachtsfeiern abgesagt. Die Gastronomie befürchtet schwere Umsatzeinbußen. Auch Hotels leiden unter der Situation.

Landratsamt rüstet auf

In Ettlingen, Bruchsal, Bretten und Graben-Neudorf eröffnen in dieser Woche Impfstützpunkte. Dort sollen bis zu 200 Interessierte pro Tag eine Corona-Impfung erhalten.

WETTER: bedeckt



Tag 1°/9°
Nacht 5°/1°

Wetterkarte und den ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 28.

Im Land gilt jetzt 2G

Mit der Alarmstufe greifen Einschränkungen für Ungeimpfte

Stuttgart/Karlsruhe (dpa/BNN). Ungeimpfte Menschen in Baden-Württemberg werden ab Mittwoch von der Teilnahme am öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Wie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag ankündigte, wird das Land aufgrund der sich zuspitzenden Lage auf den Intensivstationen die sogenannte Alarmstufe erreichen. Nur noch Geimpfte und Genesene haben dann noch Zugang zu Restaurants, Museen sowie den meisten anderen öffentlichen Veranstaltungen. Die Zahl der Covid-19-Patienten auf Intensivstationen lag am Mittwoch,

dem zweiten Werktag in Folge, deutlich über dem kritischen Wert von 390. Die Corona-Verordnung sieht in diesem Fall landesweit die 2G-Regel vor. Wer ungeimpft ist, bleibt im Kino, im Schwimmbad oder im Fitnessstudio außen vor. Im Einzelhandel gilt in der Alarmstufe 3G ohne PCR-Test-Pflicht, es reicht ein negativer Schnelltest. Ausgenommen sind zudem Geschäfte der Grundversorgung. Eigentlich wären die Betreiber der Geschäfte verpflichtet, Einlasskontrollen durchzuführen. Der Handelsverband Baden-Württemberg und das Sozialministerium haben sich allerdings in einer

Vereinbarung darauf geeinigt, dass es reicht, stichprobenartige Kontrollen am Eingang, an der Kasse oder bei der Aufnahme eines Verkaufsgesprächs durchzuführen.

Schüler müssen in der Klasse ab sofort wieder Maske tragen. Monika Stein, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, hält das zwar für „eine Belastung“. Mit Blick auf die zu niedrige Impfquote und fehlende Luftreinigungsgeräte bleibe aber nichts anderes übrig, „wenn wir die Präsenz in Kitas und Schulen nicht gefährden wollen.“ ■ Kommentar, Zeitgeschehen, Seite 4

Netzagentur bremst Nord Stream 2 aus

Berlin (dpa). Das Bundeswirtschaftsministerium hat die vorläufige Aussetzung des Zertifizierungsverfahrens für die Nord Stream 2 AG als richtig bezeichnet. Eine Ministeriumssprecherin sagte, die Bundesnetzagentur sei zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Zertifizierung nur dann in Betracht komme, wenn der Betreiber in einer Rechtsform nach deutschem Recht organisiert sei. ■ Wirtschaft

Land investiert Mehreinnahmen

Stuttgart (dpa/BNN). Die grün-schwarze Landesregierung will die Steuermehreinnahmen unter anderem für Investitionen nutzen. So soll nun ein zweiter Innovationspark für Künstliche Intelligenz entstehen. Als Ort wurde Karlsruhe/Stuttgart/Tübingen genannt – die Regionen hatten sich bereits im Juli um einen solchen Park beworben, waren aber Heilbronn unterlegen. ■ Südwestecho

Merz präsentiert eigene Mannschaft

Berlin (dpa). Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz will mit einer neuen Teamlösung im Amt des Generalsekretärs bei der Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz punkten. Er möchte den Berliner Sozialenator Mario Czaja zum Generalsekretär machen. Für den neu zu schaffenden Posten einer stellvertretenden Generalsekretärin will Merz Christina Stumpp präsentieren. ■ Kommentar, Seite 5

Wirbel um Pendlerpauschale

CDU lehnt Forderung des Umweltbundesamtes nach Abschaffung ab

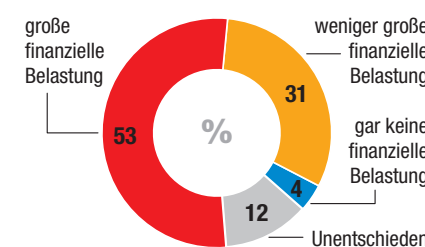
Karlsruhe (fer). Die CDU und der Steuerzahlerbund lehnen die Forderung des Umweltbundesamtes ab, die Pendlerpauschale abzuschaffen. Sie sei eine „umweltschädliche Subvention“ und wirke mit Blick auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes kontraproduktiv, heißt es in einer aktuellen Studie des Amtes. „Da die Pendlerpauschale für alle Verkehrsmittel gleichermaßen bezahlt wird, kann ich nicht erkennen, dass sie per se CO₂-fördernd ist“, sagt der Rastatter CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker gegenüber unserer Zeitung. Nach den Worten des Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg, Zenon Bilaniuk, ist die Pendlerpauschale keine Subvention, sondern sei verfassungsrechtlich geboten. Fahrten zur Arbeit seien beruflich bedingt. SPD, Grüne und FDP wollen zur Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen umweltschädliche Subventionen teilweise abbauen oder komplett abschaffen. ■ Seite 5



Berufsbedingte Kosten: Die Fahrt zur Arbeit kann steuerlich geltend gemacht werden. Das Umweltbundesamt will die Pendlerpauschale abschaffen. Foto: J. Stratenschulte/dpa

Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen

„Die Politik wird ja in den nächsten Jahren voraussichtlich viele Maßnahmen für einen besseren Klimaschutz beschließen. Was glauben Sie: Werden diese Klimaschutzmaßnahmen für Sie bzw. Ihre Familie eine ...“



BNN-Infografik | Quelle: Allensbacher Archiv

Ein Mini-Boom im Südwesten

Wiesbaden (dpa). In Baden-Württemberg sind in diesem Jahr bis zum Sommer mehr Kinder zur Welt gekommen als im Vorjahreszeitraum. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes unter Berufung auf vorläufige Zahlen gab es 2021 bis August rund 74.500 Geburten im Südwesten – rund 2.500 mehr als von Januar bis August 2020. Das entspricht einem Anstieg von knapp 3,5 Prozent. Ein echter Coronababy-Boom ist das laut Statistikern nicht. Der Südwesten liegt aber über dem Bundesschnitt von 1,3 Prozent. ■ Blick in die Welt

